

Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Joutane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Poetker,
für den übrigen redaktionellen Theil:
E. Lubowski,
vörmöglich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
O. Körre in Posen.

Mittend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechstausendneunzigster Jahrgang.

Mr. 655.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

1889.

Amtliches.

Berlin, 18. September. Der Kaiser hat im Namen des Reichs an Stelle des auf seinen Antrag entlassenen Vice-Konsuls Christian Vogt den Kaufmann R. A. Brännström zum Vice-Konsul in Silesien (Schlesien) ernannt.

Der Kaiser hat im Namen des Reichs den ordentlichen Professor Dr. Adolf Kießling in Greifswald zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg ernannt.

Der ordentliche Professor Dr. Friedrich Leo ist in Folge seiner Ernennung zum ordentlichen Professor an der Universität Göttingen aus der philosophischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg ausgeschieden.

Der König hat dem praktischen Arzt, Sanitäts-Rath Dr. med. Eduard Doid Croner zu Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

Die Besförderung des ordentlichen Lehrers, Oberlehrers Herfurth, zum etatsmäßigen Oberlehrer an dem Realgymnasium zu Gründberg L. Sch. ist genehmigt worden.

Politische Übersicht.

Posen, 19. September.

Nach dem jetzt in der Ausarbeitung begriffenen Reichsstat für 1890/91 soll das statistische Amt eine Erweiterung seiner Kräfte erfahren, da nach Einführung der Statistik der Krankenlizenzen und des Verkehrs der subventionirten deutschen Postdampfer, besonders aber durch den Zollanschluss von Bremen, Hamburg und einiger preußischer und oldenburgischer Gebietsteile die vorhandenen Kräfte zur Erledigung der Geschäfte nicht mehr ausreichen. Dazu kommt noch, daß die bevorstehenden Einrichtungen zur Verbesserung der Waarenstatistik eine noch stärkere Heranziehung der Kräfte in Aussicht stellen.

Den Bundesrathsausschüssen sind bereits eine Reihe von Einzelstats für 1890/91, und zwar die Stats für das Reichsamt des Innern, die Reichskanzlei, die Reichsjustizverwaltung, den Rechnungshof und das Reichseisenbahnamt zugegangen. Nach Lage der Arbeiten im Reichsschagamt dürften sämmtliche Stats wohl bis Ende dieses Monats in Händen der Bundesrathsausschüsse sein. Offiziös wird an diese Mittheilung die Bemerkung geknüpft, daß der Reichstag den Reichshaushaltssatz sofort bei seinem Zusammentritt vorfinden werde, selbst wenn er noch zu einem früheren Tage als dem 22. Oktober, der verfrüht als genauer Termin bezeichnet worden sei, zusammenberufen werden sollte.

Eine der Hauptaufgaben der nächsten Session des preußischen Landtages wird voraussichtlich aus dem Ministerium für öffentliche Arbeiten hervorgehen. Wie es heißt, wird in demselben wiederum eine umfassende Vorlage bezüglich der Vermehrung des rollenden Materials sowie der sonstigen Ausrüstung der Eisenbahnen mit Doppelgeleisen u. s. w., Bahnhofs-einrichtungen &c. vorbereitet. Die Gesammtforderungen der Eisenbahnverwaltung betragen einschließlich der Bahnen untergeordneter Bedeutung in diesem Jahre 156 Millionen Mark. Die nächstjährigen Forderungen sollen diese Forderung noch übersteigen.

Seit einigen Wochen wird in der Kartellpresse der größte Umbug mit einer Wahlparole, welche der Abgeordnete Alexander Meyer in der „Breslauer Btg.“ ausgegeben haben soll, getrieben. „Reichsfeind gehört zu Reichsfeind“; „die Deutschfreisinnigen sollen für Welsen, Sozialdemokraten, Utramontane, jedenfalls gegen Mitglieder der Kartellparteien stimmen.“ Alle diese Mittheilungen über diese oder irgend eine andere Parole, welche der Abgeordnete Meyer ausgegeben haben soll, sind Einfindungen. Der Bericht der „Breslauer Zeitung“, aus welchem jene Parole herausgerissen worden ist, führt weder von Herrn Meyer noch von einem anderen ständigen Mitarbeiter jenes Blattes her. Um die ganze Armseligkeit der Kartellistischen Kampfsweise zu kennzeichnen, genügt die Thatache, daß die „Bresl. Btg.“ schon vor geraumer Zeit die Erklärung abgegeben, daß jener Bericht mit der „Parole“ nicht von einem Abgeordneten, nicht von einem Gewählten, sondern von einem Wähler herrührte, und daß sie eine Woche später angehört des Treibens der gegnerischen Presse ausdrücklich die Erklärung wiederholte, daß Dr. Meyer nicht der Verfasser jenes Berichtes gewesen sei. Ungeachtet dieser Erklärungen wagt die „Adolnische Zeitung“ in ihrer jüngsten Dienstagsnummer zu schreiben:

Herr Alexander Meyer, welcher unter dem bestimmenden Kopfnicken Eugen Richters in der „Bresl. Btg.“ jen. gehässige und unpatriotische Lösung ausgab, hat sich bei diesem Rekonstruktionsritt doch wohl zu weit vorgewagt. Die „Bib. Korr.“ redet von dem Gefühl der nationalen Pflicht und von dem „Gefühl der Zugehörigkeit zu den Deutschen“ und behandelt den Artikel Alexander Meyers als einen „angeblich freisinnigen“. Armer Alexander Meyer! Eine andere deutsch-freisinnige Stelle schickte folgende Erklärung in die Welt: „Die freisinnige Partei wird möglichst in allen Wahlkreisen bei den nächsten

Inserate, die sechsgespaltene Petitzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Exposition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Donnerstag, 19. September.

Väter ererbten Boden zu Bürgern zweiter Klasse machen würden.“ Ein altsächsisches Blatt bemerkt, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, mit den Deutschenationalen einen Ausgleich zu erzielen. Auf diesem alten Wege ans Ziel zu kommen, denkt man gewiß nicht; aber sollte es nicht andere Wege, andere Mittel geben, eine Befriedigung der gemäßigten Elemente zu schaffen im Interesse Österreichs? Diese Frage scheint sich auch die Regierung vorgelegt und behahnd beantwortet zu haben, denn wenn auch Fürst Schönburg behauptet, daß er weder von feudaler Seite noch von Seiten der Regierung um seine Vermittelung angegangen worden sei, so kann es doch nicht zweifelhaft sein, daß er mit voller Zustimmung des Grafen Taaffe vorgegangen ist. Das bewies schon der lebhafte Beifall, welchen die Offiziösen den Abstößen des konservativen Adels spendeten. Warum die Regierung die von dem Exekutivkomitee der deutschen Abgeordneten des böhmischen Landtags gewünschte Erklärung in Betreff der Königskrone nicht soll abgeben können, ist unerfindlich, nachdem doch die Offiziösen selbst erst dieser Tage ausgeführt haben, daß eine Krönung, wie sie die Czechen zu veranstalten wünschen, der Verfassung und dem Ausgleiche mit Ungarn widersprechen würde. Das deutsch-böhmisches Exekutivkomitee scheint daher nicht zu viel verlangt zu haben und wenn die Ausgleichsverhandlungen nur deshalb scheitern, weil das Ministerium Taaffe keine Erklärung abgeben will, welche lediglich eine Bestätigung des bestehenden verfassungsmäßigen Zustandes wäre, so kann man doch nicht sagen, daß die Deutschen an dem Scheitern der Verhandlungen Schuld sind.

Die Erwartung, daß der unter den Londoner Hafenarbeitern nach Beilegung des großen Ausstandes ausgebrochene Zwist schnell beigelegt werden würde, ist alsbald durch ein Telegramm bestätigt worden. Ein zweites Telegramm meldete nun allerdings gestern: „Die in den Albert- und Südwest-Indian-Docks wieder eingestellten Arbeiter griffen heute die dem Strike ferngebliebenen Arbeiter thäthlich an, worauf die Direktoren die Ersteren sofort entließen und nur die Letzteren beibehielten.“ Doch handelt es sich dabei augenscheinlich nur um einen örtlichen Vorgang, der möglicher Weise auch noch durch nähre Nachrichten eine anderweitige Aufklärung findet. Es ist begreiflich, daß unter den Arbeitern, die eben einen so schweren Kampf durchgeföhnt haben, vielfach noch eine aufgeriegte und überreizte Stimmung herrscht; in ihrer Gesamtheit werden sie sich aber keinenfalls zu einem Misgriff verleiten lassen, auf den alle Feinde der Arbeitersache beständig lauern.

Die gestern durch den Telegraphen verbreitete Meldung, daß marokkanische Piraten ein auf der Reise von Malaga nach Tanger befindliches Schiff bei Alhucemas gelapert und geplündert haben, kann unter Umständen von übeln Folgen für Marokko begleitet sein. Alhucemas ist eine hart an der Nordküste Marokkos gelegene, aber unter spanischer Herrschaft stehende Insel. Nur ein vom Sturm verschlagenes Schiff konnte in diesen verlorenen Winkel der marokkanischen Gewässer gerathen; daß jedoch dort noch Riffpiraten hausen, ist eine Runde, die gewiß alle Seefahrer unserer Zeit mit Staunen erfüllen wird. Die spanische Regierung wirft den Vorfall aber zweifellos einem willkommenen Anlaß nehmend, um vom Sultan Muley Hassan neue handelspolitische Zugeständnisse zu erlangen. Außerdem müssen von Marokko gewisse Garantien gegeben werden, daß das Piratenunwesen, welches man längst für ausgerottet hielt, sich nicht neuwendig entwölfe. Die inneren Zustände Marokkos sind bekanntlich die denkbar traurigsten und wohl geeignet, auch dem Piratenhumus Vorschub zu leisten; der Sultan muß alljährlich Kriegszüge unternehmen, um bald in dieser, bald in jener Provinz seine erschütterte Autorität wieder herzustellen. Sollten sich Vorfälle wie der bei Alhucemas häufiger wiederholen, so könnte dadurch leicht die „marokkanische Frage“ ins Rollen gebracht werden.

Deutschland.

* * Berlin, 18. September. Die neuliche Meldung, daß auf Grund des § 8 des Gesetz's betr. die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die Rechte einer juristischen Person ertheilt worden seien, wird heute durch eine Mittheilung des Reichsanzeigers bestätigt, in welcher auf eine neue Fassung des Gesellschaftsvertrags vom 27. April d. J. hingewiesen wird. Unter diesen Umständen wird man den Förderungen in einem Theile der den kolonialpolitischen Unternehmungen besonders geneigten Presse über die Notwendigkeit der Umwandlung der Besitzungen der ostafrikanischen Gesellschaft in eine Kronkolonie keine Bedeutung beizulegen haben. Eine andere Frage ist die, ob die Gesellschaft den Versuch machen wird, für die beabsichtigte Erweiterung des Gesellschaftskapitals — bekanntlich ist von einem

Beiträge bis zu 20 Millionen Mark die Reise — eine Reichsgarantie zu erlangen. Freilich wird auch diese Frage erst praktisch werden, wenn die Erfolge der Wissmannschen Expedition der Gesellschaft die Möglichkeit gewähren, ihre Tätigkeit an der ostafrikanischen Küste wieder aufzunehmen und namentlich die Zollerebung wieder in die Hand zu nehmen. Im Reichstage ist bekanntlich seitens des Abg. v. Bennigsen darauf hingewiesen worden, daß die Gesellschaft am besten thun würde, sich fürs erste der in den Küstenpunkten ansässigen indischen Kaufleute bei der Erhebung der Zölle zu bedienen. Der Augenblick, wo in dieser Beziehung eine Entschließung nothwendig werden könnte, ist, wie man in den Kreisen der Gesellschaft annimmt, nicht mehr fernliegend, falls die Erwartungen sich erfüllen, welche man an die Expedition des Herrn Wissmann nach Mpwapwo knüpft. Diese Expedition hat angeblich den Zweck, den Karawanen aus dem Innern einen Weg durch die bisher von den Aufständischen beunruhigten Gebiete nach der Küste zu eröffnen. Ob das möglich sein wird, ist eine andere Frage. Offenbar würde eine einmalige Expedition dazu nicht ausreichen, da nach der Rückkehr Wissmanns nach der Küste die Aufständischen, die sich in das Innere zurückgezogen haben, wieder vordringen und den Karawanen den Weg nach der Küste abschneiden würden. Ob aber die jetzige Polizeitruppe Wissmanns stark genug sein würde, den Karawanenweg dauernd zu besetzen, ist kaum anzunehmen. Dass authentische Nachrichten über die Expedition des Herrn Wissmann nach Mpwapwo bisher noch zurückgehalten werden, läßt sich durch tatsächliche Rücksichten erklären. — Das Steigen der Kohlenpreise scheint doch auch in andern als „reichsfeindlichen“ Kreisen eine gewisse Unruhigung hervorzurufen. Die freikonservative „Post“ meint, es sei freilich bisher d. h. bei sinkenden Kohlenpreisen und angesichts eines den einheimischen Bedarf übersteigenden Kohlenproduktion zweckmäßig, ja geboten gewesen, den Absatz deutscher Kohle im Auslande durch Ausnahmetarife auf den Staatseisenbahnen zu fördern und die Einfuhr der englischen Kohle zu erschweren; heute aber bei dem starken Aufschlag der Kohlenpreise und der dadurch bedingten Steigerung der inländischen Produktions- und Haushaltungsosten sei es umgekehrt angezeigt, von der künstlichen Förderung der Ausfuhr der deutschen und der Erschwerung der Einfuhr der englischen Kohle durch die Eisenbahntarife abzusehen. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob Minister v. Maybach diese Auffassung für zutreffend erachtet. Auffällig ist, daß die „Post“ sich in demselben Artikel gegen die Herabsetzung des Zinsfußes der 4 prozent preußischen und Reichskonsols ausspricht. Einmal würden dieselben nationalwirtschaftlichen Gründe, welche gegen diese Maßregel sprechen, auch gegen die im Zuge befindliche Konvertierung der 4 prozent Prioritäten der verstaatlichten Eisenbahnen geltend gemacht werden können, was die „Post“ nicht thut. Ferner aber wird die Erörterung der Konvertirungsfrage in dem freikonservativen Blatte dahin ausgelegt werden, daß in Regierungskreisen die Herabsetzung des Zinsfußes der in Rede stehenden Konsols zur Zeit erwogen werde, um so mehr, als die „Post“ selbst die Zinsherabsetzung als vom rein fiskalischen Standpunkt aus als empfehlenswert und als unschwer durchführbar bezeichnet.

Der Besuch des Kaisers und der Kaiserin in Schwerin ist auf den 1. Oktober festgesetzt.

Der „Frls. Btg.“ zufolge sollen sich die Gerüchte einer Verlobung des Prinzen Christian von Dänemark mit der Prinzessin Margarethe, der jüngsten Schwester des deutschen Kaisers, bestätigen.

Prinz Georg, welcher in letzterer Zeit in Rigi-

Kalißbad verweilte, wird am 24. d. M. von dort zu mehrjährigem Aufenthalt nach Luzern reisen und von dort Ende dieses Monats noch eine mehrwöchentliche Reise nach Italien unternehmen, bevor derselbe zum Winteraufenthalt nach Berlin zurückkehrt.

Die Venenentzündung des Reichskanzlers ist im Abnehmen begriffen, so daß nach der Münchener „Allgem. Btg.“ die Wiederherstellung des Kanzlers in wenigen Tagen erwartet wird.

Der deutsche Botschafter am russischen Hofe, General von Schweinitz, ist, aus Petersburg kommend, vorgestern Abend mit seiner Familie in Berlin eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

Der „Foss. Btg.“ wird aus Kiel gemeldet, daß die Ankunft des Zaren dort zum 26. erwartet werde. Der Zar kommt auf der „Derjawa“, die von der „Barewna“ und dem „Generaladmiral“ begleitet sein wird.

In Regierungskreisen wird der „A. Reichs-Korr.“ zu folge befürchtigt, eine Ermäßigung des Zolls für geschlachtete Schweine eintreten zu lassen, um die hohen Preise des Schweinefleisches zu beseitigen. Da Deutschland mit die höchsten Preise für Fleischefuhr hat (20 Mark), so wird diese Maßregel, sofern sie möglichst beschleunigt wird, allseitige Billigung finden.

In dem Septemberheft der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ finden wir eine Betrachtung über die Schnelligkeit der Eisenbahnzüge, in welcher Deutschland im Vergleich mit anderen Staaten sehr schlecht wegkommt. Herr von Maybach hatte am 15. März d. J. im Abgeordnetenhaus erklärt: „Dem Wunsch nach noch größerer Schnelligkeit kann kaum entsprochen werden, denn die Fahrgeschwindigkeit auf den preußischen Bahnen ist bereits die größte auf dem Kontinent.“ Nun steht nach den Zahlen, welche die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ mittheilt, Norddeutschland erst an vierter Stelle auf dem Festlande. Der Verfasser des Aufsatzes bemerkt dabei:

„In Preußen sind die besten Schnellzüge Erdstücke der Privatbahnen und seit der Verstaatlichung kaum Fortschritte darin bemerkbar. Wie ein rother Faden zieht sich durch die Schnellzugsstatistik das Ergebnis, daß nur bei starkem Wettbewerb der Bahnen unter einander Außergewöhnliches geleistet wird. Fällt dieser Trieb weg, wie bei den Staatsbahnen, so ist Stillstand und demnach Rückschritt gegen die Privatverwaltungen unausbleiblich.“

Das sind von einer Seite, die gewohnt ist, alles Heil vom Staate zu erwarten, sehr leidenschaftliche Gedanken.

In den „Mittheilungen aus den deutschen Schusgebieten“ liegen jetzt ausführlichere Nachrichten über Dr. Bintgraff vor. Am 22. Juli langte eine Drahtmeldung von Bras am Niger ein, welche ohne Angabe weiterer Einzelheiten die Ankunft Dr. Bintgraffs in Ibi am Benue meldete. Gleichzeitig hatte auch der Vater des Reisenden eine kurze entsprechende Drahtnachricht erhalten. Am Abend des 6. August trafen ferner im Kaiserlichen Konsulat zu Lagos neun Leute der Bintgraffschen Expedition ein, darunter der Dolmetscher, Mujuuga, und der Ansührer der Montovialeute, Talla; nach ihrer Angabe hat Bintgraff in Ibi Briefe nach Kamerun und Deutschland geschriften, die aber noch nicht eingetroffen sind. Auf Befragen berichteten die Leute über die Expedition in sehr ausführlicher aber unklarer Weise; sie schlußerten zunächst ihre Reise zu den Bangang und führen dann fort: Nach zweitätigem Aufenthalt, der durch den Widerstand der Einheimischen veranlaßt wurde, marschierten wir nach dem Dorfe des Königs Tabé (Totabe bei Bintgraff) und dem Dorfe Befante, woselbst uns eine freundliche Aufnahme ward. Einen Tag darauf kamen wir nach Janga (wahrscheinlich Candjant nach Bintgraff), wo wir abermals Widerstand bei den Einheimischen fanden und wo sich sieben Leute im Busch verirrten, von denen nur einer sich später wieder einfand. Nach einem zweitägigen Marsch kamen wir nach Bale, dessen Häuptling uns Nüsse (Kolanüsse) schenkte und zwei seiner Leute zum Häuptling Notata sandte. Der Marsch dahin dauerte einen Tag, wir blieben dort zwei Tage. Auch Notata sandte wieder zum Häuptling Gareka im Dorfe Valejon. Der Marsch dorthin dauerte zwei

Tage, der Häuptling veranstaltete große Feierlichkeiten und errichtete Häuser für uns. Wir verblieben dafelbst drei Monate, während welcher Zeit wir Häuser bauten und Ackerbau trieben; 16 Leute ließen wir zum Schutz der Station zurück. Dann ging der Marsch weiter in die Dörfer Banda, Bassu, Balla und Biffan. Fünf Tage später erreichten wir Muti, wo wir sieben Tage blieben; während des Marsches ernährten wir uns größtentheils von Blättern. Von der errichteten Station Valejon waren wir jetzt ungefähr anderthalb Monate fort. Auf dem Weitermarsche überschritten wir zwei große Flüsse und gelangten nach Kofforiow, wo die Haussa-Sprache gesprochen wird. Einen Tag später waren wir in Takun am Fuße eines großen Berges und blieben dort 7 Tage, weil der Häuptling den Weg nicht zeigen wollte. Zwei Tage später erreichten wir Odunga am Flusse Benue, hier hielten wir uns eine Woche auf. Bevor wir zu diesem Orte gelangten, überschritten wir den Fluss. Der König von Odunga wünschte, daß wir noch länger bleiben und das muhamedanische Weihachten (Wairamfe) mit ihm feiern sollten. Nach weiterem Marsche, auf welchem der Fluss abermals überschritten werden mußte, gelangten wir nach Bulari, woselbst zwei Tage Rast gemacht wurde. Hier an diesem Platze war es, wohin Mr. Mr. Intosh (Chef des Benue, Beamter der Niger-Company) zu uns sandte; wir erhielten von ihm zwei Kisten mit Gewehren und drei Haussaleute. Diese Haussaleute führten uns nach Ibi am Benue. Wir schlußten hier in acht Tagen nach Afra, dann hierher nach Lagos, um uns nach Kamerun zurückzugeben. Dr. Bintgraff wollte von Ibi nach Benum, dem Lande der Biserde, weiter marschieren. Er war niemals krank und wir sahen ihn zuletzt vor anderthalb Monaten (Mitte Juni).

Aus Oberösterreich, 16. September. (Foss. Btg.) Die Nachricht, daß russischerseits als Reparation gegen das Schweineeinfuhrverbot ein Verbot der Einführung deutschen Geldes ergangen sei, beruht auf einem Irrthum. Allerdings ist fürstlich einem Fleischer, der nach Polen zum Schweinelauf ging, sein deutsches Geld abgenommen; das Vorgehen der russischen Behörden beruht aber auf einem Verbot, das längst besteht und längst mit mehr oder weniger Strenge gehandhabt wird. Ein neueres Verbot ist nicht ergangen.

Kassel, 16. September. Gestern und heute tagte dahier der Verein deutscher Bahnlänsler. Es waren zu dem Zwecke zahlreiche Fachgenossen aus allen Theilen Deutschlands erschienen. Die Verhandlungen, welche im Saale des „Hotel Brinz Friedrich Wilhelm“ stattfanden, wurden durch den derzeitigen Vorstand, Herrn L. Mühl-Berlin, eröffnet und geleitet. Namens des Lokal-Ausschusses begrüßte Herr Ruehling die Versammlung. Der Hauptpunkt der Tagesordnung betraf die Frage, ob man sich für einen Innungsverband oder einen Verband freier Vereinigungen entschließen wolle. Die Mehrheit entschied sich am Ende längerer interessanter Debatten dahin, an dem früheren Beispiel der Bildung eines Innungsverbandes festzuhalten mit möglichst vielen Innungen. Ein besonderes Augenmerk wurde dem Fachschulwesen zugewandt. Die Verständigungsversuche mit dem Verein deutscher Bagnärzte, um mit diesem gemeinschaftlich gegen das Pfuscherthum vorzugehen, sind, wie hervorgehoben wurde, derart gewesen, daß man im Großen und Ganzen mit den Erfolgen zufrieden sein könne. Die Versammlung beschloß im Verlaufe der Verhandlungen dem § 3 der Statuten folgenden Zusatz zu geben: „Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Bahnlänsler werden, wenn er das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und eine dreijährige Thätigkeit im Fach nachweisen kann.“ Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Leipzig gewählt. Die seitherigen Mitglieder des Vorstandes wurden sämtlich wiedergewählt.

Nürnberg, 15. September. Eine recht liebenswürdige Antwort hat der hiesige Magistrat, wie die „Saale-Btg.“ meldet, einer Anzahl von Lehrern ertheilt, die sich wegen Gehaltsausdehnung bittend an die Regierung gewandt hatten. Es heißt in dem Schreiben: „Es soll nicht weiter erörtert werden, ob und welche Querulantin unter den Beschwerdeführern sich befinden, welche überhaupt nicht zu befriedigen sein werden, selbst wenn ihnen die denkbar höchsten Besoldungen gewährt würden. Diesen werden wir nichts in den Weg legen, wenn sie anderwohl das zu erreichen suchen, was ihnen hier nicht gewährt wird.“

Gera, 17. September. Das Ergebnis der am heutigen Tage stattgehabten Landtagswahl ist in Gera-Stadt ein für die Deutschen freilich überraschendes und ausseraus günstiges. Dieselben gelangen in sämtlichen drei Wahlkreisen in die Stichwahl, und zwar in zwei Kreisen mit den Kandidaten, im dritten aber mit dem Sozialdemokraten. Im ersten Wahlkreise erhielt Oberbürgermeister Ruck (Kattell) 227, Tonwaaerfabrikant Reibstein (freil.) 220, Restaurateur Kühn (Sozialdem.) 171 Stimmen. Im zweiten Wahlkreise wurden für den freilichigen Lehrer Kalb 253, für den nationalliberalen Hofschmiede Rödiger aber nur 118 Stimmen abgegeben, und im dritten Kreise endlich erhielt der freilichige Reda-

Briefe von der Pariser Weltausstellung.

Bon unserem Spezial-Korrespondenten.

Paris, 16. September.

XI.

(Nachdruck verboten.)

(Schlußbetrachtungen.)

Indem ich mich anschicke, diese Schlußbetrachtungen niederschreiben, zeigt sich das Weltausstellungsbild meinem geistigen Blicke von selbst in seiner ganzen Frische und Lebendigkeit. Wohl ist diesem Bilde jetzt die sommerliche Pracht genommen, die klare Septembersonne strahlt auf das herbstlich gefärbte Laub und ein ziemlich kühler Wind treibt nun schon seit einigen Tagen die gefallenen Blätter vor sich her und erinnert auf Schritt und Tritt daran, daß mit der Sommerpracht bald auch die Ausstellungspracht ihr Ende haben wird. Aber in dem Scheine des herbstlich milden Lichtes tritt das Ausstellungsbild klarer hervor, die Farben erscheinen frischer, die Gliederung der Ausstellungsgebäude mannigfacher, und der Gedanke, von all dieser Herrlichkeit in kurzer Zeit Abschied nehmen zu müssen, ist jetzt schwerer zu ertragen als je vorher. Wie verschiedenartig auch die Ansichten über Einzelheiten der Ausstellung sein mögen, wird sie als Ganzes beurtheilt, so herrscht jetzt nur eine Stimme, nämlich die: daß diejenigen, welche die Ausstellung ins Leben gerufen, auf ihr Werk, insbesondere vom nationalen Standpunkte aus, mit höchster Bestreidung zurückblicken dürfen. Die Ausstellung und ihr ganzer bisheriger Verlauf verdiensten das ernsthafte fachmännische Studium. Der Techniker, der Industrielle, selbst der Politiker und nicht zuletzt der Sozialpolitiker werden nicht umhin können, ihr noch lange ein eingehendes Augenmerk zuzuwenden, und natürgemäß wird dasselbe besonders auf den Anteil gerichtet sein, den Frankreich an der Ausstellung genommen hat.

Vor Allem hat man meines Grachtens in Deutschland alle Ursache, diesen Anteil nach Gebühr zu würdigen. Bei der gereizten Stimmung, die zwischen Deutschen und Franzosen herrscht, ist man leicht diesseits wie jenseits der Vogesen geneigt, den Nachbarn zu verlennen, deutschseitig hat zwar von jeher der Wunsch bestanden, ein fremdes Volksthum ohne Vorurtheil an Ort und Stelle zu studiren, aber wie sehr ist dieses Stu-

dium in Frankreich neuerdings erschwert worden. So erklärt es sich wohl, daß sich in Deutschland der Ausstellung gegenüber zum Theil recht seltsame Ansichten gebildet hatten. In manchen Kreisen galt es für einen Deutschen von vornherein für lebensgefährlich, die Weltausstellung zu besuchen; man war der Ansicht, daß Jeder, der hier in Frankreich als Deutscher erkannt würde, den schlimmsten Insulten ausgesetzt sei. Hatte doch die „Nord. Allg. Btg.“ s. B. geschrieben, es sei für einen Deutschen zur Zeit weniger gefährlich, den barbarischen Völkern im Innern Afrikas einen Besuch abzustatten, als nach Frankreich zu reisen, zu jenem Volke, welches den kühnen Anspruch erhebe, an der Spitze der Zivilisation einherzugehen. Weiter hielt man einen Besuch der Ausstellung auch deshalb für bedenklich, weil gerade zur Ausstellungzeit Störungen des inneren politischen und sozialen Friedens für sehr wahrscheinlich galten. Bekanntlich wurden solche Störungen nicht bloß deutschseitig gesucht, selbst der leitende Staatsmann Ungarns brachte diese Befürchtungen öffentlich zum Ausdruck. Endlich nahm man vielfach an, daß die Vorbereitungen zur Ausstellung unter dem Eindruck der inneren politischen Wirren nicht minder schwer gelitten hätten als durch die ablehnende Haltung jener Regierungen, welche durch ihre monarchische Tradition gezwungen waren, einer Ausstellung, die u. A. die Erinnerung an die große Revolution vor 100 Jahren neu beleben sollte, die offizielle Beteiligung zu versagen.

Ein Deutscher, der sich von den vorerwähnten Vorstellungen hatte beeinflussen lassen, und sie waren in einem großen Theil unserer Presse die herrschenden, mußte selbstverständlich mit sehr gemischten Gefühlen die Ausstellung besuchen. Ich muß gestehen, daß auch auf mich jene Vorstellungen einen gewissen Einfluß ausgeübt hatten. Allerdings, daß mit dem Besuch der Ausstellung von vornherein für Deutsche eine besondere Gefahr verknüpft sein sollte, diese Befürchtungen teilte ich auf Grund meiner früheren Erlebnisse in Paris durchaus nicht, indem die industrielle Bedeutung der Ausstellung wagte ich a priori nicht allzu hoch zu veranschlagen.

Was nun das Verhältniß der deutschen Ausstellungsbesucher zu den Franzosen anbelangt, so hat es sich im Allgemeinen ganz so gestaltet, wie ich das auf Grund früherer Erfahrungen angenommen. Wie ich Ihnen schon in einem

meiner ersten Briefe schrieb, deutsches Wesen, deutsche Eigenart sind hier jetzt so wenig beliebt wie unmittelbar nach dem letzten Kriege, und der Deutsche, der mit diesem Wesen, dieser Eigenart mehr oder weniger ostentativ hervortreten würde, etwa in der Weise wie der Engländer mit seiner Nationalität, der könnte allerdings leicht recht unangenehme Erfahrungen haben. Aber es beruht auf starker Übertriebung, wenn die Stellung der Deutschen hier so aufgesetzt und geschildert wird, als sei es an sich schon eine Gefahr, sich hier als Deutscher aufzuhalten. Auf Grund meiner Ausstellungserlebnisse, die zeitlich nahezu ein halbes Jahr, räumlich Paris und einen großen Theil seiner näheren Umgebung umfassen, und auf Grund zahlreicher Erfahrungen, die ich bei hiesigen mit dem Pariser Leben seit Jahr und Tag wohl vertrauten deutschen Freunden eingezogen, kann ich die bestimmteste Versicherung abgeben, daß der Deutsche hier ruhig seine Wege gehen, daß er auch von seiner französischen Umgebung als Deutscher erkannt werden kann, ohne daß er — eine besonnene Haltung seinerseits ist natürlich hierbei vorausgesetzt — die geringste Unannehmlichkeit zu fürchten hat. Ich bin sicherlich weit entfernt, über die deutsch-französische Beziehungen etwas in Umlauf setzen zu wollen, was zur Schönung der Wirklichkeit dienen könnte. Aber ich glaube, daß gerade weil diese Wirklichkeit so manches zu wünschen übrig läßt, die Sachen nicht schlimmer dargestellt werden dürfen als sie wirklich liegen. Leider wird in solcher Darstellung nicht bloß auf französische, sondern viel zu häufig auch auf deutscher Seite gesündigt, und ich habe es selbst beobachtet, daß die Berichte deutscher Blätter über angebliche Deutschenverfolgungen hier gerade in deutschen Kreisen die schärfste Missbilligung hervorgerufen haben. Die Deutschen wissen hier sehr wohl, wie wenig sie auf französische Sympathien zu rechnen haben, hat doch die Ausstellung selbst von dem Mangel dieser Sympathien ein recht charakteristisches Zeugnis abgelegt. Dort bei der Ausstellungsbahn, wo unter Umständen Passagiere, die sich zu weit aus dem Coupé hinausbeugen sehr unliebhafte Kollisionen mit den dicht am Eisenbahnrückwand stehenden Bäumen haben können, dort sind Warnungen in den Sprachen aller Völker angebracht, deren Angehörige zur Ausstellung erschienen sind. Man findet dort natürlich russische und sogar japanische Schriftzeichen, — nur die Warnung

teur Fisahn 250, der Sozialdemokrat Hahn 236 und der Kartellkandidat Stadtrath Schneider 103 Stimmen. Es steht zu hoffen, daß in der Stichwahl sämtliche freimaurige Kandidaten als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen werden.

Ruburg, 18. September. Der Herzog Ernst ist in der vergangenen Nacht nach seinen Besitzungen in Tirol abgereist.

Dresden, 16. September. Ein hiesiger Industrieller bestichtigte im Auftrage mehrerer Groß-Kapitalisten die großen gewerblichen Anlagen in Radebeul in der Nähe belegten Lößnitz, um festzustellen, ob dasselbst der Boden für ein großartiges Unternehmen zu finden sei. Es handelt sich dabei um nichts Geringeres, als ganz Sachsen mit elektrischem Licht zu versehen, und zwar von bestimmten Centralpunkten aus, die immer in der nächsten Nähe von Kohlengruben liegen müssen. So soll im Plauenschen Grunde eine solche Centralstelle mit 5000 Werderräumen angelegt werden, von welcher aus, ähnlich den Fernsprechanstalten, Drahtleitungen nach Dresden, Meißen und der Lößnitz geführt werden. Die Statuten der Gesellschaft sollen bereits zur Genehmigung eingereicht sein.

Frankreich

* Paris, 16. September. („Voss. Ztg.“) In Paris mag es hier und da bei den Wählerversammlungen etwas lärmend hergehen, auf dem Lande mag es dann und wann Prügeleien geben, im Ganzen muß man aber doch anerkennen, daß die gegenwärtige Wahlbewegung ungewöhnlich ruhig und still verläuft. Wenn man bedenkt, was diesmal auf dem Spiele steht und welche Entscheidungen man vom 22. September erwartet, wird man von dieser Erscheinung doppelt in Erstaunen versetzt. Noch vor sechs Monaten hätte es schwerlich jemand für möglich gehalten, daß die gesammte Wählerschaft sich während der Vorbereitung zu den Wahlen so ehrbar und verständig benehmen werde. Der Boulangismus stand auf der Höhe seiner Entwicklung, überall in Frankreich schien es zu wallen und zu brodeln und jeder erwartete ängstlich ein Ueberlaufen, wenn nicht gar ein furchtbare Auffliegen des Hexenkessels. Nun, das Sprichwort bewährt sich wieder einmal: auch diese Suppe wird nicht so heiß gegeben, wie sie gekocht wurde. Die Boulangisten machen zur Stunde nicht viel Lärm und nach den Wahlen werden sie sich voraussichtlich noch mehr ducken als jetzt. Hier in Paris merkt man von der Wahlbewegung nicht viel. Was man von ihr sieht, das beschränkt sich im Wesentlichen auf die Anschlagettel der Bewerber, die mit lächerlicher Verschwendug an jeden Geviert-Zentimeter freier Mauerfläche, ja sogar auf die Stufen der Oper-Freitreppe, an die Soden der Denkmäler, an die Boulevard-Bäume und an Straßenlaternen geklebt werden. Die Pariser halten sich bei diesem Leidenschaft nicht viel auf. Meist sind es nur Lehrjungen, Laufburschen u. s. w., die sich in ihn vertiefen, statt ihren Besorgungen nachzugehen. Es fehlt diesmal sogar an den Wunderlichkeiten, die sonst mit einer heiteren Note in das wüste Gedöse des politischen Kampfes zu tönen pflegen. Man sieht bis jetzt keine lustigen Wahlprogramme, keine Bildnisse harmlos wahnfinniger Bewerber, keine verbüffenden Ansprachen unbekannter Weltverbesserer. Ein Aufruf des „Antisemitenbundes“, dessen Vorsitzender Drumont ist, vertritt einstweilen allein diese Gattung, die bei früheren Gelegenheiten einen großen Platz einzunehmen pflegte. Die Ausstellung beschäftigt die Bevölkerung noch immer mehr als die Wahlbewegung, und es ist bezeichnend, daß man gerade jetzt die höchsten Besucherzahlen verzeichnet, die jemals vorgekommen sind.

Bulgarien.

* Über den am Sonntag in Paris verstorbenen Präsidenten der bulgarischen Sobranje, Zacharias Stojanow, entnehmen wir einer Biographie der „Köln. Ztg.“ folgendes: Stojanow hatte seine politische und literarische Laufbahn als Hirtenjunge begonnen. Seine lebhafte Intelligenz und sein

reger Wissenstrieb machten aus ihm einen Autodidakten, der mit überraschender Schnelligkeit nicht nur seine bisher ganz elementaren Kenntnisse erweiterte, sondern sich auch bald an die Probleme der Sozial-Philosophie heranwagte. Stojanow stand zu Beginn seiner politischen Laufbahn auf der alleräußersten Linken und wurde vielfach geradezu als Nihilist bezeichnet. Seine volksthümliche und packende Schreibweise verschaffte ihm bald eine allgemeine Bekanntheit im Lande und auch unerheblichen Einfluß, obgleich viele zuerst den kleinen, unansehnlichen und etwas fahrigem Mann nicht recht ernst nehmen wollten. Die ungemeine Bescheidenheit in seinem äußeren Auftreten und eine gewisse muntere Gutmütigkeit ließen ihn zuerst mehr als ein Original erscheinen, denn als einen wirklich bedeutenden und ernsten Mann. In dieser Beziehung brachte das Revolutionsjahr 1885 und namentlich die spätere Verreibung des Fürsten Alexander eine große Veränderung hervor. An ersterer beteiligte sich Stojanow als Mitglied des Revolutionsausschusses in Philippopol und nach letzterer trat er auf entschiedene in die Reihen derer, die vor den Nachfliegenden, der Freiheit des Landes, alle politischen und sozialen Vereinigungen zurücktreten ließen. Kaulbars seligen Angedenkens hatte keinen gefährlicher Feind als ihn, der mit seiner Gabe, das Komische herauszufinden und in anscheinender Naivität mit heitendem Sarkasmus zu behandeln, ein vollständiger bulgarischer Rochefort wurde. Sein Talent war dem Rocheforts nahe verwandt, er hatte denselben glänzenden und prickelnden, nur etwas weniger feinen Stil und dabei eine unbestreitbare größere Tiefe, die sich auch bei seinen humoristischen Artikeln nicht verleugnete. In der Zeit der Regenschaft arbeitete er mit größtem Eifer für die Rückberufung des früheren Fürsten und stand in dieser Beziehung Radolawow näher als Stambulow. Später, nach der Erwählung des Fürsten Ferdinand, ging er aber vollständig zu Stambulow über, zu dessen ausgesprochenen Anhängern er gehörte. Vizepräsident und später Präsident der Sobranje, erlangte er eine amtliche Stellung und wie es scheint in der letzten Zeit auch großen Einfluß.

Aus dem Gerichtssaal.

? Posen, 17. September. [Strafammer.] Die Arbeiterfrau Magdalena Bal aus Posen soll am 28. Dezember v. J. aus Fahrtsicherheit das dem praktischen Arzte Dr. Stan gebürtige Haus St. Martin Nr. 14 in Brand gesetzt haben. Im Hinterhause und zwar in dem vom Tischlermeister Herbst benutzten Keller, in welchem er Hobelspähne aufzubewahren pflegte, brach an jenem Tage Mittags 12 Uhr Feuer aus. Die bald hinzugerufene Feuerwehr schlug die Decke des Kellers ein, um von oben hineinzugelangen; das an und für sich unbedeutende Feuer entwickelte mächtige Rauchwolken, welche in die oberen Etagen eindrangen und unter den Bewohnern eine große Panik hervorriefen. Bald war das Feuer gelöscht; es war durch die Verbündung der Kellerdecke ein Schaden von etwa 300 Mark entstanden. In jenem Keller befinden sich etwa zwanzig durch Lattenverstöße getrennte Kellerabteilungen, auch der Angeklagte war eine solche zugewiesen worden. Die Angeklagte war etwa um 12 Uhr gesessen worden, als sie sich mit einem unverwahrten Licht in der einen, Schlüssel und Streichholz in der anderen Hand nach ihrem Keller begab. Höchstwahrscheinlich ist sie nun mit dem Licht den Spählen im Herbstischen Keller zu nahe gekommen und hat so den Brand verursacht. Die Angeklagte räumt ein, mit unverwahrtem Licht in den Keller gegangen zu sein; sie will aber der dem Herbst zugewiesenen Abtheilung sich nicht genähert haben; ein Beweis dafür konnte auch nicht erbracht werden und der Gerichtshof nahm für nicht erwiesen an, daß die Angeklagte den Brand herbeiführte. Weil sie aber mit unverwahrtem Licht nach ihrem Keller gegangen ist, in welchem nach ihrem eigenen Angaben u. A. auch Stroh aufbewahrt wird, so hat sie dadurch eine Feuerpolizeiwohlstand überwunden und sie wurde für diese Übertretung zu neun Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu drei Tagen Haft verurtheilt.

in deutscher Sprache fehlt, und die Deutschen haben damit gewissermaßen von amüscher Stelle aus ein Merkmal der Werthschätzung, deren sie sich in Frankreich zu erfreuen haben. Aber es muß die Deutschen trotzdem unangenehm verüben, wenn sie ihre Lage hier in einer Weise geschildert finden, welche die ohnehin nicht erfreulichen Beziehungen der beiden Nachbarvölker nur zu verschlimmern geeignet ist. So machte hier besonders der Artikel eines angesesehenen Berliner Blattes einen peinlichen Eindruck, da in diesem Artikel die bekannten Vorfälle vor dem Café Immunda in der Rue Royale bei Gelegenheit des letzten Volksfestes so dargestellt waren, als habe es sich dort um eine ohne jede triftige Ursache hervorgerufene deutschfeindliche Demonstration gehandelt. Gegen 12 Uhr Nachts sollte die gedachte Straße von den gardes municipales abgesperrt sein, weil die Menge dasselbst unter deutschfeindlichen Rufen alles zu demoliren drohte. Nun wohl, gerade zur gedachten Zeit passirte ich die Rue Royale, und ich gewahrte wohl einen Volksaufmarsch, wie er in Paris nicht gerade zu den Seltenheiten gehört, wie er im Gegenteil ohnes Weiteres eintritt, wenn ein armer Droschkenaufl ermittelt zu Boden sinkt oder ein in flagranti ertappter Taschendieb zur Polizei gebracht wird, aber von deutschfeindlichen Rufen habe ich absolut nichts vernommen, die Straße war auch keineswegs gesperrt und auf einige meiner Freunde, die dem Standal von Anfang an begegnet, hat derselbe durchaus nicht den Eindruck gemacht, als sei er irgendwie gegen Deutschland gerichtet gewesen. Nur gegen Italien waren, weil das Restaurant als Schmuck lediglich eine italienische Fahne geführt, Drohungungen ausgestoßen, Deutschland kam dabei überall nicht in Frage. Ich erwähne dieses Vorganges nur, um an einem eklatanten Beispiel zu zeigen, wie nötig es ist, die Berichte über die hier angeblich stattfindenden deutschen Verfolgungen mit größter Vorsicht aufzunehmen. Diese Berichte, die in Deutschland in der Regel und mit Recht ein Gefühl bitteren Trosts hervorrufen, erzeugen hier nicht selten die höchste Verwunderung. Denn diejenigen, die hier angeblich von deutschfeindlichen Demonstrationen unausgesetzt bedroht sind, die sind hier fröhlich und guter Dinge, sie scheuen sich gar nicht, ihre liebe Muttersprache im dichtesten Volksgewühl zu gebrauchen,

Der hochbetagte Rittergutsbesitzer Emilcar v. Karajewski aus Lubrza hat lange Zeit das Standesamt dort verwaltet; er ist jetzt angeklagt, am 28. Februar oder 1. März d. J. als zur Aufnahme von öffentlichen Urkunden befugter Beamter, nämlich als Standesbeamter, innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechlich erhebliche That, welche falsch beurkundet und in ein öffentliches Register, nämlich das Sterberegister, falsch eingetragen zu haben. Am 28. Februar d. J. erhielt in der Behausung des Angeklagten der Arbeiter Nikolaus Antlowia, um anzugeben, daß seine Frau Tags vorher gestorben sei. Nachdem er viele Stunden die Ankunft des Angeklagten vergeblich erwartet hatte, nahm die unverheirathete Theodosia Jagocka, welche bei dem Angeklagten dient, die den Sterbefall betreffenden Mitteilungen entgegen, notierte solche und ließ den Antlowia ein Protokoll-Formular unterschreiben. Am folgenden Tage kam Antlowia nach der Sterbe-Urkunde und erhielt sie, ohne daß er mit dem Angeklagten in Berührung gekommen wäre, von der Jagocka ausgehändiggt. In dieser Urkunde war wahrheitswidrig beurkundet, daß Antlowia am 28. Februar vor dem Standesbeamten erschienen sei und den Tod seiner Frau angezeigt habe. Der Angeklagte wollte sich heute auf die Anklage nicht auslassen; früher hat er zugegeben, daß er am 28. Februar d. J. mit Antlowia nicht verhandelt habe, behauptete damals aber, am 1. März das von Antlowia bereits unterschriebene Protokoll-Formular in dessen Gegenwart ausgefüllt und vorgelesen und erst nach Genehmigung die Sterbeurkunde dem Antlowia ausgeantwortet zu haben; er will die Erblichkeit der von ihm ausgestellten Urkunden nicht gekannt haben. Es sollen übrigens derartige Fälle früher häufig vorgekommen sein, in denen die Jagocka von den Erschienenen Notizen entgegennahm, die Protokoll-Formulare unterschrieben ließ und der Angeklagte die Formulare nachträglich ausfüllte, bis ihm das vom Landratsamt untersagt wurde. Der Angeklagte soll dann auch der Jagocka das Verhandeln mit den Erschienenen unterlagt haben; die Jagocka will mit dem Antlowia noch einmal eine Ausnahme gemacht haben, damit er bei dem damals herrschenden Falle nicht so lange zu warten habe. Der Vertheidiger sucht die Geisteskräfte des schon 74 Jahre alten Angeklagten in Zweifel zu ziehen, doch ließ der Gerichtshof diesen Einwand nicht gelten und verurtheilte den Angeklagten wegen Urkundenfälschung zu der geistlich niedrigsten Strafe von einem Monat Gefängnis.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

** Jarotschin, 18. September. [Fahnenweihe.] Am Sonntag fand hier selbst die Weihe der dem hiesigen Landwehrvereine vom Kaiser geschenkten Fahne statt. Um 9 Uhr Vormittags marschierte der Landwehrverein unserer Stadt unter Führung des Lieutenants vom Seebataillon Rentmeisters Gillmeister nach dem Bahnhof zum Empfang der Gäste. Der Vorstand des Provinzial-Landwehr-Verbandes und die Landwehr-Vereine aus Borek, Koschmin, Dobrzica, Bleschen und Berkow waren vollständig erschienen. Kaufmann Müller, ein Krieger von 1864, 1866 und 1870/71 und Inhaber des Eisernen Kreuzes begrüßte im Namen des Vorstandes die erschienenen auswärtigen Vereine. Nachdem ein kleiner Imbiss und ein Begrüßungsschoppen eingenommen worden war, marschierten die Vereine unter Vorstand der Kavallerie des Infanterie-Regiments v. Steinmetz (Westfäl. Kr. 37) nach der festlich geschmückten Stadt. Im Rathaussaal wurden die Gäste durch den Bürgermeister Goldring im Namen der Stadt Jarotschin begrüßt. Mittags fand im Ochsinsky'schen Saale ein gemeinschaftliches Mittagessen von ca. 70 Gededen statt. Um 2 Uhr traten sämmtliche Vereine mit ihren Fahnen an, um die einzuweisende Fahne abzuholen. Unterdessen waren Kurz Radolin, Ehrenmitglied des Vereins, Major v. Mollard-Gora, Protektor des hiesigen Landwehrvereins und eine stattliche Anzahl von Offizieren erschienen und hatten auf der südlichen Markseite vor der Tribune Aufstellung genommen. Als die neue Fahne, welche aus weißer Seide hergestellt und mit der Widmung „Dem Landwehrverein Jarotschin — Wilhelm II.“ versehen ist, auf dem Platz erschien war, leitete der Männer-Gefangenverein „Darmonia“ die Feier durch den Gesang: „Gott sei des Kaisers Schutz“ ein. Darauf bestieg der Vorstand der Königlichen Landwehr Engelbrecht die Rednertribüne und hielt in schwungvollen Worten die Fest- und Weihrede. Während derselben wurde die Fahne enthüllt, die übrigens am Platz befindlichen Fahnen senkten sich, und in ein auf den Kaiser ausgebrachtes Hoch stimmten die Festgenossen freudig ein und sangen darauf entblößten Händen die Nationalhymne. Der Gesangverein beschloß alsdann die Feier durch den Vortrag des Geddes: „Des Kriegers Schwur.“ Endlich fand der Paradesmarsch und Abmarsch nach dem Festplatze beim Schützenhause statt. Leider wurde die frohe

nicht französischen Theil der Ausstellung tritt dieser krämerhaften Zug stärker hervor als in dem französischen. Daß die Ausstellung, was die auswärtige Beteiligung anbelangt, wesentliche Lücken aufzuweisen hatte, ist übrigens auch auf französischer Seite zugegeben, so ist besonders bei der landwirtschaftlichen Ausstellung belegt, daß die staatlichen landwirtschaftlichen Lehrlanstalten sammt und sonders ihre Beteiligung an der Ausstellung abgelehnt, und daß in Folge dessen ein Theil der Ausstellung, auf den man große Hoffnungen gesetzt und dem man gern einen universellen Charakter hatte geben wollen, einzig und allein von französischen Ausstellungssujets besichtigt war.

Aber trotz dieser Schattenseiten hat sich das allgemeine anerkennende Urtheil, das ich über die Ausstellung unter dem ersten frischen Eindruck derselben fällte, im Laufe der Zeit in mir nur bestätigen können, als nationales Werk hat die Ausstellung meine Erwartungen weit, weit übertrffen. Die ganze Anordnung, die Fülle der Ausstellungssujets, der vollendete Geschmack in der Ausführung des baulichen und landschaftlichen Rahmens, der das Ausstellungsbild unter den Einfluss des Sonnenlichts wie der allabendlichen Erleuchtungssellette geradezu zu einem sinnberückenden Märchenbild gestaltet; die Großartigkeit der metallischen Konstruktionen, die ihres Gleichen bisher noch nicht gefunden, alles dies muß in dem vorurtheilslosen Besucher das Gefühl lebhafter Bewunderung hervorrufen. Noch auf eine andere bedeutende Erscheinung ist gerade an dieser Stelle hinzuweisen: die Weltausstellung, allerdings unter inneren politischen Wirren schlimmer Art gezeitigt, hatte bisher nicht durch wesentliche Störungen des sozialen Friedens zu leiden. Zwei Arbeitseinstellungen waren in Sicht, die entstandenen Differenzen wurden indek gütlich beigelegt. Meines Erachtens erfordert auch diese Erscheinung, die ledhafteste Aufmerksamkeit in Deutschland, wie überhaupt zu wünschen ist, daß neben den Schattenseiten auch die Vorzüge des Weltausstellungswerkes bei uns nach Gebühr gewürdig werden.

G. Quade.

